

**Städtisches Klinikum München GmbH (München Klinik)
Überführung der München Klinik in die Struktur der steuerlichen
Gemeinnützigkeit als gemeinnützige GmbH
Änderung des Firmennamens in „München Klinik gGmbH“ - Folgebeschluss**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16517

6 Anlagen

Beschluss des Finanzausschusses vom 22.10.2019 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	2
1. Sachverhalt und Ausgangssituation	2
2. Namensänderung (Änderung der Firma)	2
3. Steuerliche Würdigung	3
3.1 Voraussetzungen für die Erlangung der Gemeinnützigkeit	3
3.2 Folgen der Gemeinnützigkeit	4
3.3 Vor- und Nachteile der Gemeinnützigkeit in Bezug auf die München Klinik	5
3.4 Maßnahmen zu Vorbereitung der Umsatzsteuer	6
3.5 Maßnahmen und Abstimmungen zur Erlangung von Rechtssicherheit zu Einzelfragen	8
4. Ergebnisse der Verhandlungen mit den Gewerkschaften	10
5. Servicegesellschaften	10
6. Zusammenfassung der Ergebnisse – Zeitschiene – und weiteres Vorgehen	11
II. Antrag des Referenten	12
III. Beschluss	13

I. Vortrag des Referenten

1. Sachverhalt und Ausgangssituation

Mit Beschluss vom 14.05.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14784) hat der Stadtrat der Überführung der Städtisches Klinikum München GmbH (StKM) in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) und der entsprechenden Anpassung des Gesellschaftsvertrags grundsätzlich zugestimmt. Die Städtisches Klinikum München GmbH wurde beauftragt, die Voraussetzungen und Folgen im Rahmen einer Überführung in die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH sowie im gleichen Zuge eine Namensänderung von „Städtisches Klinikum München GmbH“ in „München Klinik gGmbH“ zu prüfen und die Umsetzung vorzubereiten. Als vorbereitende Maßnahmen sollten insbesondere eine Abstimmung mit dem Finanzamt auf Grundlage der beabsichtigten Änderung des Gesellschaftsvertrags herbeigeführt sowie Verhandlungen mit den drei in der Städtisches Klinikum München GmbH vertretenen Gewerkschaften über einen Haustarifvertrag aufgenommen werden, um für den Fall der Umwidmung der Städtisches Klinikum München GmbH in eine gemeinnützige GmbH den Status quo der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte sowie der paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat im Falle eines etwaigen Tendenzschutzes beizubehalten. Es wurde vorgesehen, den Stadtrat im Oktober 2019 auf Grundlage dieser Abklärung mit der endgültigen Entscheidung über die Umwandlung der Städtisches Klinikum München GmbH in eine gemeinnützige GmbH erneut zu befassen.

2. Namensänderung (Änderung der Firma)

Die Städt. Klinikum München GmbH wurde beauftragt, die Voraussetzungen und Folgen einer Namensänderung (Änderung der Firma) der Städt. Klinikum München GmbH in München Klinik gGmbH zu prüfen und die Umsetzung vorzubereiten. Aus diesem Grund wird in den nachfolgenden Textteilen die Städt. Klinikum München GmbH bereits als München Klinik gGmbH (MüK) bezeichnet.

Bereits seit Oktober 2018 tritt das Unternehmen mit neuem Erscheinungsbild und unter der neuen Marke „München Klinik“ auf. Auf offiziellen Geschäftsdokumenten sind jedoch bis heute wegen des Grundsatzes der Firmenklarheit gem. §§ 35a GmbHG, 37a HGB weiterhin die gesetzlich vorgeforderten Angaben zur Gesellschaft und zur Firma der Städtisches Klinikum München GmbH zu führen. Die Verwendung der unterschiedlichen Bezeichnungen führt sowohl intern als auch extern mitunter zu Missverständnissen. Um den Markennamen weiter mit Leben zu füllen und den Wiedererkennungswert zu steigern, soll daher im Zuge der Überführung des Unternehmens in die Gemeinnützigkeit auch die oben beschriebene Namensänderung, d. h. gesellschaftsrechtlich die Änderung der Firma zum 01.01.2020 erfolgen.

Unter Berücksichtigung der o.g. Rechtslage sind ab Eintragung in das Handelsregister alle Geschäftsunterlagen mit dem neuen Namen „München Klinik gGmbH“ zu versehen.

Die Möglichkeit, sich gGmbH zu nennen wurde 2013 durch den Gesetzgeber mit dem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ in § 4 Satz 2 GmbHG eingefügt. Im Gesetzesentwurf (BT-Drs. 17/11316) wird ausgeführt, dass die Abkürzung „gGmbH“ kein besonderer Rechtsformzusatz sei, der auf eine besondere Form der GmbH hinweist. Der Buchstabe „g“ solle lediglich anzeigen, dass die Gesellschaft gemeinnützige Zwecke verfolgt. Demzufolge kann gemäß § 4 Satz 2 GmbHG der Zusatz „gGmbH“ zum Firmennamen zugefügt werden. Gerade in der öffentlichen Darstellung unterstreicht die Abkürzung „gGmbH“ die gelebten gemeinnützigen Zwecke des Unternehmens und macht diese für Patient*innen und Mitarbeiter*innen aber auch mögliche Zuwender*innen sichtbar.

Um die Namensänderung in der München Klinik gesetzeskonform ab Eintragung in das Handelsregister umzusetzen, wurde bereits mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Umstellung begonnen. Dabei sind die gesetzlich verpflichtenden Angaben auf sämtlichem nach extern gerichtetem Schriftverkehr anzupassen und die Geschäftspartner über die Namensänderung zu informieren. Es handelt sich bei der geplanten Änderung um eine reine Änderung des Namens. Die Rechtspersönlichkeit der MÜK bleibt unverändert bestehen und es erfolgt keine Änderung der Handelsregisternummer. Alle Vertragsbeziehungen behalten ihre Gültigkeit; die Vertragspartner werden entsprechend informiert.

Die ROB teilte der MÜK mit, dass, sofern nur der Name geändert und die Umwandlung der bestehenden GmbH in gGmbH erfolgt, kein Trägerwechsel vorliegt, da die juristische Person bestehen bleibt. Damit sind keine förderrechtlichen Konsequenzen aus der Namensänderung sowie der Umwandlung in eine gGmbH zu erwarten.

3. Steuerliche Würdigung

3.1 Voraussetzungen für die Erlangung der Gemeinnützigkeit

Voraussetzung einer „Überführung“ der MÜK in die Rechtsform einer gGmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2020 ist eine Änderung des Gesellschaftsvertrages unter Berücksichtigung der Anforderungen des § 60 Abgabenordnung (AO) sowie die Eintragung des geänderten Gesellschaftsvertrages bis spätestens 31. Dezember 2019 im Handelsregister.

Voraussetzung der Steuervergünstigungen im Sinne der §§ 51 ff AO – im Folgenden kurz der „steuerlichen Gemeinnützigkeit“ – ist daneben eine tatsächliche Geschäftsführung entsprechend den Vorgaben der Satzung (§§ 59, 63 AO).

Die begünstigten Zwecke sind ausschließlich und unmittelbar zu verfolgen (§ 57 AO), d.h. durch die betreffende Körperschaft selbst. Daneben ist der Grundsatz der Ausschließlichkeit (§ 56 AO) zu beachten, d.h. die Körperschaft darf nur ihre satzungsmäßigen, steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, wobei einzelne wirtschaftliche Tätigkeiten (z.B. Cafeteria) in Grenzen zulässig, d. h. unschädlich für die Gemeinnützigkeit sind. Es ist nicht zulässig, Mittel des ideellen Bereichs, die Gewinne aus Zweckbetrieben, Erträge aus der Vermögensverwaltung sowie das entsprechende Vermögen für einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, z. B. zum Ausgleich von Verlusten zu verwenden (AEAO zu § 55, Tz. 4).

3.2 Folgen der Gemeinnützigkeit

Überblick

Als gemeinnützige Einrichtung kommt der MüK zunächst die grundsätzliche Befreiung von der Körperschaft- und der Gewerbesteuer (§§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG, 3 Nr. 6 GewStG) zu Gute. Diese gilt allerdings insoweit nicht, wie die MüK wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, die nicht der unmittelbaren Verwirklichung des Satzungszwecks dienen (sog. steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, wie z.B. Speiseversorgung Dritter). Im Bereich des Zweckbetriebs („wirtschaftliche“ Tätigkeit, die auf die Erfüllung des steuerbegünstigten Satzungszwecks gerichtet ist) greift jedoch die Steuerbefreiung. Dies ist vorliegend der Betrieb eines Krankenhauses (§ 67 AO).

Zudem kommen der MüK als steuerbegünstigte Einrichtung die Abstandnahme vom Steuerabzug auf Kapitalerträge (§ 44a EStG), die Berechtigung zum steuerbefreiten Empfang von Spenden (auch für den steuerbegünstigten Zweckbetrieb) nebst Berechtigung zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen i.S.d. § 10 b EStG, erb-schaft- und schenkungsteuerliche Begünstigungen (§ 13 Abs. 1 Nr. 16 lit. b ErbStG), sowie im Rahmen von Zweckbetrieben und der Vermögensverwaltung die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes von 7% (anstelle von 19%) auf steuerpflichtige Umsätze bei unverändert vollem Vorsteuerabzug (§ 12 Abs. 2 Nr. 8 UStG) und ggf. gemeinwohlorientierte umsatzsteuerliche Begünstigungen (z.B. besondere Steuerbefreiungen im Bildungsbereich) zu Gute.

Umsatzsteuer

An der umsatzsteuerlichen Beurteilung von Krankenhausleistungen im eigentlichen Sinne ändert sich durch die Erlangung der Gemeinnützigkeit nichts, da diese nicht an den gemeinnützigen Status anknüpft.

Darüber hinaus kommt bei Umsätzen, die nicht unter die vorgenannte Steuerbefreiung fallen, gemeinnützigkeitsrechtlich aber dem Zweckbetrieb/der Vermögensverwal-

tung zuzurechnen sind, der ermäßigte Umsatzsteuersatz bei Erhalt des vollen Vorsteuerabzugs in Betracht, so dass sich ein positiver umsatzsteuerlicher Effekt ergibt.

Die bisherige umsatzsteuerliche Organschaft mit der MediCenter GmbH am Klinikum Bogenhausen (im Folgenden MediCenter GmbH) und der BVQ-StKM GmbH (Beratung Vermittlung Qualifizierung) wird durch die Gemeinnützigkeit der MÜK nicht berührt, kann also fortbestehen.

Beziehungen zu den Tochtergesellschaften

Im Rahmen von § 58 AO sind auch künftig Mittelweiterleitungen der MÜK an die MediCenter GmbH eröffnet, da auch die MediCenter GmbH steuerbegünstigt ausgestaltet werden soll.

3.3 Vor- und Nachteile der Gemeinnützigkeit in Bezug auf die München Klinik

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> + Erlangung körperschaft-, kapitalertrag-, erb-schaft- und schenkungsteuerlicher sowie umsatzsteuerlicher Vorteile (Steuerbefreiungen und –reduzierungen) + Berechtigung zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen („Spendenabzug“/Zuwendender) + Der Status der Gemeinnützigkeit erhöht unsere Attraktivität als Arbeitgeber bei vorhandenen und künftigen Mitarbeiter*innen (Sinnstiftung und gesellschaftliche Relevanz) + Erhöhung Mitarbeiterakzeptanz und Stärkung der positiven Marktwahrnehmung als vertrauenswürdiger Gesundheitsdienstleister und damit Wettbewerbsvorteile (Unternehmenskultur, Allgemeinwohlorientierung,) + Erweiterung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit steuerbegünstigten Einrichtungen (z.B. im Rahmen von Projek- 	<ul style="list-style-type: none"> – Gewährung von Steuervergünstigungen unter der Voraussetzung der kontinuierlichen Erfüllung der Vorgaben des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts (Anforderungen an die Geschäftsführung) – Verbot des Verlustausgleichs bei Erzielung von Verlusten im Bereich der Vermögensverwaltung und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (Anforderungen an die Geschäftsführung) – Erweiterte Anforderungen an die steuerliche Gewinnermittlung und zur Mittelverwendung (Anforderungen an die Finanzbuchhaltung) – Mitteltransfer an die LHM unter der Maßgabe der Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke (jedweder Art), gewisse Einschränkung – Einschränkung der Marktgängigkeit der Anteile

ten), Gewinnung zusätzlicher Mittel + Mitteltransfer an die LHM im Rahmen von § 58 Nr. 2 AO und der Vermögensbindungsklausel (bei Auflösung) + Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit möglich (ggf. mit der Folge einer Nachbesteuerung)	– Entfall der Möglichkeit der Verrechnung von (körperschaftsteuerlichen) Verlusten aus dem Zweckbetrieb mit Gewinnen aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben
---	--

3.4 Maßnahmen zu Vorbereitung der Umsatzsteuer

Notwendige Änderungen des Gesellschaftsvertrages der MÜK

Die unter gemeinnützigkeitsrechtlichen Gesichtspunkten erforderlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrages der MÜK gemäß § 60 AO wurden mit dem Finanzamt München abgestimmt (vgl. Anlage 1 - Gesellschaftsvertrag im Änderungsmodus, Anlage 2 - Gesellschaftsvertrag/neue Fassung).

Ausgehend vom bisherigen Tätigkeitsspektrum soll die MÜK satzungsgemäß die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 3 AO), die Förderung des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO) sowie die Förderung der Berufsbildung (§ 52 AO) verfolgen.

Notwendige Änderungen des Gesellschaftsvertrages der MediCenter GmbH

Auf Grundlage des bisherigen und auch künftigen Finanzierungsbedarfs der MediCenter GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft der MÜK sowie der gemeinnützigkeitsrechtlichen Anforderungen setzt eine Weitergabe von Mitteln der MÜK an die MediCenter GmbH auch deren steuerliche Gemeinnützigkeit voraus.

Die unter gemeinnützigkeitsrechtlichen Gesichtspunkten erforderlichen Änderung des Gesellschaftsvertrages der MediCenter GmbH gemäß § 60 AO wurden mit dem Finanzamt München abgestimmt (vgl. Anlage 3 - Gesellschaftsvertrag im Änderungsmodus, Anlage 4 - Gesellschaftsvertrag/neue Fassung).

Ausgehend vom bisherigen Tätigkeitsspektrum soll die MediCenter gGmbH satzungsgemäß die Förderung Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO) verfolgen. Von der Steuerbefreiung umfasst ist der Betrieb des MVZ gemäß den Rahmenvorgaben des § 66 AO.

Tochtergesellschaften

Der zwischen der MÜK und der MediCenter GmbH bestehende Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag ist zum 31. Dezember 2019 zu beenden, da eine von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaft, also die MÜK gGmbH, ertragsteuerlich kein Organträger sein kann.

Durch Änderung der Kündigungsregelungen des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages im Juni 2019 wurden die Voraussetzung einer kurzfristigen Kündigung des Vertrages zum 31. Dezember 2019 bis spätestens 30. November 2019 geschaffen.

Vor dem Hintergrund der erforderlichen Aufhebung des bisherigen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages zwischen der MÜK und der MediCenter GmbH kann über einen isolierten Beherrschungsvertrag die weitere organisatorische Eingliederung sichergestellt werden (vgl. Anlagen 5 und 6 – bisheriger Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag, abzuschließender Beherrschungsvertrag) und aufgrund der Gemeinnützigkeit der MediCenter GmbH eine bei Bedarf erforderliche Mittelzuführung zur Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke erfolgen (siehe Punkt 2.3).

Hierzu soll der derzeit gültige Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag reduziert werden auf einen Beherrschungsvertrag mit Verlustdeckung. Bezüglich dieser Änderung bestehen keine EU-beihilferechtlichen, kommunalaufsichtsrechtlichen oder gesellschaftsrechtlichen Bedenken.

Ein Beherrschungsvertrag samt Verlustdeckung durch die Städtisches Klinikum München GmbH stellt keine EU-rechtlich verbotene Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV dar. Bei einer finanziellen Unterstützung in Form der Verlustübernahme der lokal agierenden MediCenter GmbH durch die Städtisches Klinikum München GmbH ist keine Beeinträchtigung des EU-mitgliedstaatlichen Handels zu erwarten.

Mangels unmittelbarer finanzieller Verpflichtung der LHM durch die vertragliche Verlustübernahme ist keine aufsichtliche Genehmigung nach Art. 72 Abs. 2 GO notwendig.

In gesellschaftsrechtlicher Hinsicht bestehen keine Bedenken gegen die Reduzierung des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags auf einen isolierten Beherrschungsvertrag samt Verlustdeckung. Die Reduzierung wird im Wege der Kündigung oder Aufhebung analog § 296 AktG des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags zum Ende des Geschäftsjahres 2019 unter gleichzeitigem Abschluss eines neuen Beherrschungsvertrags zum Beginn des Geschäftsjahres 2020 erfolgen. Die Gesellschafterversammlungen beider Gesellschaften müssen den Maßnahmen zustimmen, wobei der Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der MediCenter GmbH notariell zu beurkunden ist. Beendigung und Neuabschluss sind durch die Geschäftsführung der MediCenter GmbH in notariell beglaubigter Form zur Eintragung ins Handelsregister anzumelden.

3.5 Maßnahmen und Abstimmungen zur Erlangung von Rechtssicherheit zu Einzel- fragen

Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe (§ 64 AO)

Als gemeinnützige Körperschaft kann die MüK Verluste im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs sowie der Vermögensverwaltung nicht ausgleichen und hat sie insofern möglichst zu vermeiden. Daher ist eine Betrachtung derartiger Tätigkeiten der MüK (insbesondere Küche, Vermietung und Verpachtung, Parkplatzüberlassung) im Referenzzeitraum 2016 – 2018 sowie der Einnahmen- und Ergebnisentwicklung erfolgt. Die Ermittlung der Ergebnisse erfolgte im Rahmen der Kalkulationen zur Ermittlung der gewerbesteuerlichen Gewinnermittlung.

Dabei wurden als potentielle verlustträchtige Tätigkeiten neben kleineren Sachverhalten der Arzneimittelverkauf an Mitarbeiter*innen, der in 2019 bereits eingestellt wird, das Patientenfernsehen und die Mitarbeiterspeisenversorgung eingestuft.

Die Verluste des Patientenfernsehens resultieren im Wesentlichen aus den hohen Abschreibungen der TV-Geräte die im Rahmen des diesjährigen Vergleichs vom bisherigen Dienstleister übernommen wurden. Auf Grund des Alters der Geräte werden hierzu im Jahresabschluss 2019 außerplanmäßige Abschreibungen dieser Geräte erfolgen. Damit ist ab 2020 nicht mehr mit Verlusten zu rechnen.

Die gemeinnützigkeitsrechtliche Unbedenklichkeit der Erzielung von Verlusten im Bereich „Personalkantine“ sowie die Unbedenklichkeit der Vergütungsvereinbarungen in den Altverträgen zur ambulanten Chefarztbehandlung werden mit dem Finanzamt informell abgestimmt.

Zudem ist auch eine Betrachtung potentieller, künftig steuerrelevanter wirtschaftlicher Tätigkeiten der MediCenter GmbH außerhalb des MVZ-Zweckbetriebs (§ 66 AO) sowie eine Analyse der Einnahmen- und Ergebnisentwicklung erfolgt.

Wechsel in die steuerliche Gemeinnützigkeit

Zu den im Zusammenhang mit dem Wechsel in die steuerliche Gemeinnützigkeit auftretenden Fragestellungen (Nichtaufdeckung etwaiger stiller Reserven sowie Fortführung der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen, Übergang zum 31. Dezember 2019 bestehender Verlustvorträge auf die MüK gGmbH sowie Zulässigkeit von Mittelweiterleitungen im Rahmen von § 58 Nr. 2 AO an die Landeshauptstadt München und/oder die MediCenter gGmbH) wurde bei der Finanzverwaltung die Erteilung einer verbindlichen Auskunft beantragt.

Die Auskünfte wurden mit Schreiben vom 18. September 2019 mit Ausnahme der Frage zur Fortführung der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen antragsgemäß er-

teilt (teilweise verbindlich bestätigt, unter verfahrensrechtlichen Gesichtspunkten teilweise auch unverbindlich).

Hinsichtlich der nach § 6b EStG gebildeten **(und noch nicht auf Reinvestitionsgütern übertragenen)** Rücklagen, hat nach schriftlicher Auskunft des Finanzamtes entgegen der für das MÜK vorgetragenen Rechtsauffassung eine steuerwirksame Aufdeckung zu erfolgen. Das Ergebnis der Beurteilung des Finanzamtes wird durch die dargelegte Begründung nicht getragen.

Daher sind weitere Abstimmungen unmittelbar mit dem Bayrischen Landesamt für Steuern und dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und Kultur erfolgt, in denen auch diese Behörden, allerdings mit anderer als vom Finanzamt dargelegter Begründung, eine steuerwirksame Aufdeckung der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen vertreten. Die Auflösung der Rücklage ist in der Sache unverändert streitig.

Den steuerlichen Risiken aus einer Auflösung zum 31.12.2019 der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen beim Wechsel in die Gemeinnützigkeit zum i.H.v. rd. T€ 828 stehen Steuerbelastungen einer zeitlichen Verschiebung des Wechsels zur Vermeidung der Rücklagenauflösung i.H.v. rd. T€ 1.230 (jeweils unter Zugrundelegung der Prognoserechnung, Stand Juni 2018 sowie vereinfachender Prämissen) sowie der Wegfall der Möglichkeit der Einwerbung steuerbegünstigter Zuwendungen entgegen.

Hinsichtlich der steuerlichen Risiken aus der Rücklagenauflösung zum 31.12.2019 werden gestalterische Maßnahmen zum Zwecke der steuerneutralen Reduzierung der potenziell aufzulösenden Rücklagen noch vor dem Wechsel in die steuerliche Gemeinnützigkeit geprüft und im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt.

Nach aktueller Einschätzung bestehen trotz gegenteiliger Auffassung auch der übergeordneten Behörden gute Chancen, eine Steuerbelastung zum 31.12.2019 beim Wechsel in die Gemeinnützigkeit unter Beschreitung des Rechtsweges (im Klageverfahren) zu vermeiden.

Angemessenheit der Geschäftsführungsvergütung

Im Rahmen der vorbereitenden Tätigkeiten für einen Beschluss zur gGmbH hat die Stadtkämmerei als Betreuungsreferat der MÜK darum gebeten, die Vergütung der Geschäftsführer der MÜK im Lichte des § 55 Abs. 1 Nr. 3 AO (sog. „Begünstigungsverbot“) auf Angemessenheit zu überprüfen.

Vor diesem Hintergrund hat die MÜK die KMPG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, eine Validierung der Angemessenheit der Geschäftsführervergütung im Vergleich zu Unternehmen der Branche oder Größe unter Einbezug gemeinnützigkeitsrechtlicher Aspekte durchzuführen.

In der Gesamtbetrachtung ergaben sich keine Hinweise, dass die Geschäftsführervergütung der MüK vor dem Hintergrund der geplanten Umwandlung in eine gGmbH als unangemessen einzuschätzen ist.

4. Ergebnisse der Verhandlungen mit den Gewerkschaften

Die Gesellschafterin legt Wert darauf, dass die derzeitigen betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte des Betriebsrats, insbesondere im Wirtschaftsausschuss, nicht eingeschränkt sowie die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat beibehalten werden.

Für den Fall, dass die MüK durch die beabsichtigte Änderung des Gesellschaftsvertrages und die damit beabsichtigte Anerkennung der Gemeinnützigkeit als sogenanntes Tendenzunternehmen im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes sowie des Mitbestimmungsgesetzes zu qualifizieren wäre, soll vorsorglich auf den betriebsverfassungsrechtlichen sowie den mitbestimmungsrechtlichen Tendenzschutz, der eine Einschränkung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte zur Folge hätte, verzichtet werden. Der vorsorgliche Verzicht auf den Tendenzschutz soll durch den Abschluss eines Haustarifvertrages mit den drei in der MüK vertretenen Gewerkschaften ver.di, dbb und Marburger Bund erfolgen.

Die Geschäftsführung der MüK konnte sich mit dem Landesfachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di bereits auf den Entwurf eines Haustarifvertrages verständigen, der die Beibehaltung des Status quo der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte des Betriebsrats sowie der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat im Falle eines etwaigen Tendenzschutzes vorsieht. Der Entwurf steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der ver.di Tarifkoordination in Berlin. Angesichts von bevorstehenden personellen Veränderungen bei ver.di durch die im September 2019 stattfindenden Organisationswahlen und Wahl der/des ver.di Bundesvorsitzenden wird mit einer abschließenden Entscheidung über den Entwurf des Haustarifvertrages durch die ver.di Tarifkoordination in Berlin erst im 4. Quartal 2019 gerechnet.

Mit dem Landesfachbereichsleiter von ver.di wurde vereinbart, dass ver.di den zwischen der MüK und ver.di geeinten Entwurf des Haustarifvertrages anschließend mit den beiden weiteren in der Städt. Klinikum München GmbH vertretenen Gewerkschaften dbb und Marburger Bund abstimmt.

5. Servicegesellschaften

Die MüK wurde in der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14748 beauftragt, sämtliche weiterführenden Maßnahmen im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Servicegesellschaften (u. a. Durchführung der Einigungsstelle Verpflegungsservice) zunächst aus-

zusetzen. Eine abschließende Entscheidung über die Fortführung der Maßnahmen zur Inbetriebnahme der Servicegesellschaften sei spätestens in einem weiteren Stadtratsbeschluss im Oktober 2019 herbeizuführen.

Vor dem Hintergrund der neu definierten Unternehmenswerte „IMMER“, „NAH“, „HERAUSRAGEND“ und „ZUSAMMEN“, des Ziels der MüK, sich als attraktiver Arbeitgeber auf dem stark umkämpften Arbeitsmarkt zu positionieren, des Fokus der MüK als Dienstleister für das Gemeinwohl der Münchner Bevölkerung zu sorgen, eines möglichen Imageverlustes und von voraussichtlich geringeren Sanierungsbeiträgen gegenüber den im Sanierungsumsetzungskonzept erwarteten Beiträgen, legt die Gesellschafterin Wert darauf, sämtliche Maßnahmen im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Servicegesellschaften Catering sowie Logistik und Service endgültig einzustellen.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse – Zeitschiene – und weiteres Vorgehen

Die MüK erfüllt die steuerlichen Voraussetzungen für eine grundsätzlich steuerneutrale Überführung in die steuerliche Gemeinnützigkeit, unter uneingeschränkter Nutzbarkeit zum 31. Dezember 2019 festzustellender Verlustvorträge wie auch der Möglichkeit der Weiterleitung von Mitteln an die Landeshauptstadt München und die gemeinnützige MediCenter GmbH zur Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke.

Die Frage der Fortführung der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen wurde im Rahmen des Auskunftersuchens durch das Finanzamt abschlägig beschieden und wurde zum Gegenstand weiterer Abstimmungen unmittelbar mit dem Bayerischen Landesamt für Steuern (BayLfSt) und dem Bayerischen Staatsministerium für Finanzen und Kultur (BayStMF) gemacht.

Die Auflösung der Rücklagen ist in der Sache unverändert streitig, wobei nach aktueller Einschätzung gute Chancen bestehen, eine Steuerbelastung zum 31.12.2019 beim Wechsel in die Gemeinnützigkeit zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Auf Grundlage einer Chancen- und Risikoabwägung soll der Wechsel in die Gemeinnützigkeit zum Jahreswechsel 2019/2020 erfolgen und ggf. unter Beschreitung des Rechtsweges eine Vermeidung der Steuerbelastung aus der Auflösung der nach § 6b EStG gebildeten Rücklagen angestrebt werden.

Die mit der Überführung in die Gemeinnützigkeit einhergehende Namensänderung in München Klinik gGmbH vervollständigt nach Außen und nach Innen den einheitlichen Auftritt der München Klinik und ist ein weiteres wichtiges Signal, die neu definierten Werte des Unternehmens mit Leben zu füllen.

Die weiteren vorbereitenden Maßnahmen zur Überführung der MüK in die Gemeinnützigkeit haben intern bereits begonnen und sind so abgestimmt, dass die Einreichung des Gesellschaftsvertrages und die Anmeldung zur Eintragung des der Na-

mensänderung in das Handelsregister spätestens zum 31.12.2019 vollzogen werden können.

Mit einer Entscheidung über den mit dem Landesfachbereichsleiter von ver.di bereits abgestimmten Entwurf des vorsorglich abzuschließenden Haustarifvertrages durch die ver.di Tarifkoordination in Berlin wird im 4. Quartal 2019 gerechnet.

Die Maßnahmen im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Servicegesellschaften werden endgültig eingestellt.

Die Beschlussvorlage ist mit der München Klinik abgestimmt. Das Direktorium D-I-ZV hat einen Abdruck dieser Vorlage erhalten.

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Prof. Dr. Hans Theiss, und der Verwaltungsbeirat der Hauptabteilung I, Herr Stadtrat Horst Lischka, haben einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Der Stadtrat stimmt der Überführung der Städt. Klinikum München GmbH in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) und der entsprechenden Anpassung des Gesellschaftsvertrages zum 01.01.2020 wie als Anlage 2 beigelegt zu.
2. Der Stadtrat stimmt der Überführung der Tochtergesellschaft MediCenter GmbH in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) und der entsprechenden Anpassung des Gesellschaftsvertrages zum 01.01.2020 wie als Anlage 4 beigelegt zu.
3. Der Stadtrat stimmt der Änderung der Firma (Namensänderung) der „Städt. Klinikum München GmbH“ in „München Klinik gGmbH“ zum 01.01.2020 zu.
4. Der Stadtrat stimmt zu, die weiterführenden Maßnahmen im Hinblick auf die Gründung und den Betrieb von Servicegesellschaften einzustellen.

5. Die Städt. Klinikum München GmbH wird beauftragt, sämtliche weiterführenden Maßnahmen im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Servicegesellschaften (u. a. Durchführung der Einigungsstelle Verpflegungsservice) zu beenden.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christoph Frey
Stadtkämmerer

IV. Abdruck von I. mit III. über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
z. K.

V. Wv. Stadtkämmerei HAI/1

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An die Städt. Klinikum München GmbH
An das Direktorium – D-I-ZV
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
z. K.

Am.....

Im Auftrag